

# Einleitung

Brasilien – ein Land so groß wie ein ganzer Kontinent, ein in vielerlei Hinsicht wichtiges und gewichtiges Land. Ein paar Zahlen, die dies verdeutlichen: 16.145 Kilometer lang ist die Grenze, an der zehn südamerikanische Nachbarstaaten liegen. Dazu eine Küstenlinie von 7500 Kilometern Länge. Mit 8,5 Millionen Quadratkilometern Fläche, davon gut 60 Prozent von Wald bedeckt,<sup>1</sup> ist Brasilien das größte Land auf der Südhalbkugel und das fünftgrößte Land der Erde. Ebenso auf Platz fünf liegt es, wenn man die Einwohnerzahl (203 Millionen laut Zensus 2022<sup>2</sup>) betrachtet. Laut Zahlen des Internationalen Währungsfonds (IMF) rangierte die brasilianische Volkswirtschaft im Jahr 2022 auf Rang elf. Brasilien gilt als ein so genanntes Schwellenland. Dieser etwas ungenau definierte Begriff beschreibt Staaten, die an der Schwelle stehen, ein Industrieland zu werden. Bei diesen seien zwar, so beschreibt es Gablers Wirtschaftslexikon, durch hohes Wirtschaftswachstum große Industrialisierungsschritte zu beobachten, jedoch hielten viele soziale Indikatoren wie z. B. Alphabetisierungsrate, Lebenserwartung, Säuglingssterblichkeit mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt.<sup>3</sup>

Trotz der Dimensionen und der daraus erwachsenden politischen, wirtschaftlichen und zunehmend ökologischen Bedeutung in der Welt ist das allgemeine Wissen über Brasilien hierzulande begrenzt, erstreckt sich auf die üblichen Klischees von Samba, Sonne, Strand und Fußball, oder ist reduziert auf (meist negativ konnotierte) Schlagworte wie Gewalt, Drogenkriminalität, Polit-chaos oder (Umwelt-)Katastrophen. Oder aber das Wissen basiert auf Beschreibungen, die längst nicht mehr die Ist-Situation abbilden, sondern bestenfalls eine überholte Sichtweise.

Dass all dies nicht ausreicht, Brasilien auch nur ansatzweise zu beschreiben, steht außer Frage. Auch was die Menschen betrifft, möchte ich ausdrücklich davor warnen zu verallgemeinern. Der ganz überwiegende Teil der Menschen, die ich auf meinen Reisen und Recherchen treffe, ist ungeheuer herzlich und anständig, und sie haben keinen Einfluss darauf, wie sich Leute in der Politik verhalten. Die Institutionen sind jedoch häufig von korrupten Menschen infiltriert, und es ist schwierig, sich ihnen zu widersetzen – es gibt, wie man im Verlauf des Buches sehen wird, viele Drohungen, Todesfälle und Straffreiheit für die Täter. Die Klischees prägen das Brasilienbild außerhalb, vor allem in Europa. Ein brasilianischer Freund erzählte mir einmal, dass er das Gefühl habe, auf Reisen mit Misstrauen oder gar Verachtung konfrontiert zu sein, sobald bekannt wird, wo er herkommt.

Diese Klischees und Stereotype zu durchbrechen, soll eines der Ziele dieses Buches sein. Versuchen möchte ich dies, indem ich einige der oben bereits erwähnten Schlagworte in den historischen und gesellschaftlichen Kontext stelle. Wenn wir beispielsweise ständig von einer weit verbreiteten Korruption spre-

chen, dann reicht es nicht, immer wieder neue Ausprägungen zu beschreiben. Ich möchte schauen: Warum ist sie so verbreitet und wo hat sie ihren Ursprung? Zudem möchte ich den Blick auch auf Phänomene und Erscheinungen richten, die kaum außerhalb Brasiliens wahrgenommen oder diskutiert werden. Dabei ist es mir wichtig, möglichst wert- und vorurteilsfrei verschiedene Aspekte zu beleuchten.

„Brasilien ist nichts für Anfänger“, *O Brasil não é para principiantes*, dieser Satz, der dem Musiker und Komponisten Tom Jobim zugeschrieben wird, findet in letzter Zeit immer wieder gerne in leicht abgewandelter Form Verwendung, indem das Wort *principiantes* gegen *amadores* getauscht wird, was übersetzt so viel bedeutet wie Amateure oder Dilettanten und eindeutig in Richtung der Politik zielt. Tatsächlich ist das Land, seine Gesellschaft, seine Politik und Kultur vielschichtig und komplex. Die Worte Ordnung und Fortschritt, *ordem e progresso*, zieren seit Ende des 19. Jahrhunderts die brasilianische Fahne. Brasilien ist kein rückständiges Land mehr, in dem Menschen in den Wäldern leben, auch wenn dieses extrem verzerrte Bild, das zurückgeht auf die ersten Reiseberichte aus dem 16. Jahrhundert, in Teilen immer noch zäh haftet. 1941 schwärmte der vor den Nazis geflohene österreichische Schriftsteller Stefan Zweig in seinem Exil vom „Land der Zukunft“. Für so manchen scheint das Land über diesen Status bis heute nicht hinausgekommen zu sein. Die Chancen und Voraussetzungen sind, objektiv betrachtet, hervorragend, doch am Ende scheinen verheißungsvolle Ansätze nicht selten an den handelnden Akteuren zu scheitern. Wo der Staat scheitert, oder mit der Entwicklung nicht Schritt hält, bilden sich Parallelstrukturen.

Brasiliens kostenloses öffentliches Gesundheitssystem, der SUS, funktioniert wahrscheinlich besser als das prominente Vorbild, der britische NHS, wenngleich sich daneben ein Parallelsystem für alle diejenigen entwickelt hat, die eine gut gedeckte Kreditkarte besitzen und auf europäischem oder nordamerikanischem Niveau behandelt werden wollen. Ähnliches ist im Bildungssystem zu beobachten. Die Analphabetenquote ist niedrig, flächendeckende schulische Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen an sich vorhanden, allerdings sind staatliche Schulen durch teure private Schulen einer erheblichen und wachsenden Konkurrenz ausgesetzt. Auf der anderen Seite sind es aber die staatlichen Universitäten und nicht die privaten, die bei den Studierenden erste Wahl sind und sich auch international durchaus konkurrenzfähig präsentieren.

Die aktuelle Verfassung, entstanden aus einem breiten politischen Konsens nach der Redemokratisierung und in Kraft seit Oktober 1988, ist modern und progressiv. Sie kombiniert wesentliche Elemente ihrer Vorbilder aus den USA und Europa, vor allem von Frankreich und Deutschland. Die staatlichen Institutionen arbeiten stabil und robust. Wegen der noch recht kurzen Zeit seit der Redemokratisierung scheinen diese jedoch noch Zeit zu benötigen, ihre Rolle zu finden und zu interpretieren. So hielt der Oberste Gerichtshof (STF) zwar während der Amtszeit von Präsident Jair Bolsonaro zahlreichen Angriffen stand.

Aber die oberste Institution der Judikative, die die Aufgabe hat, die Verfassung zu schützen, sah sich in doch zahlreichen Fällen dazu veranlasst, einzutreten und eine aktive Rolle einzunehmen – ein riskantes Unterfangen, denn eine ganze Reihe der Entscheidungen hatten eine politische Dimension und gaben dem STF in einigen Fällen fast einen oppositionellen Charakter. Kritiker sehen in der grundsätzlich hochrespektierten Institution und deren Richtern, deren Sitzungen im TV live übertragen werden, mitunter mangelnde Zurückhaltung einzelner Personen und einen gewissen Hang zur Selbstinszenierung. Kritikwürdig wird vielfach auch gesehen, dass für neu zu besetzende Richterposten der amtierende Präsident ein Vorschlagsrecht hat, dem der Kongress in der Regel folgt.

Auch bei der Aufdeckung eines der weltweit größten Korruptionsnetzwerke im Zusammenspiel von Politik und öffentlichen Ausschreibungen, bekannt geworden unter dem Namen *Lava Jato*, wusste die brasilianische Justiz von 2014 bis etwa 2018 selbstbewusst, souverän und durchsetzungskraftig aufzutreten und zeigte auch wenig Scheu vor großen Namen. Die teilweise atemberaubenden Ermittlungserfolge endeten jedoch in Selbstjustiz. Unzulässige Absprachen zwischen Staatsanwälten und Richtern führten zur gezielten Verurteilung von Luiz Inácio Lula da Silva vor den Präsidentschaftswahlen. Dadurch wurde die Operation *Lava Jato* nachhaltig infrage gestellt, sie wurde am 1. Februar 2021 sang- und klanglos als beendet erklärt und eingestellt. Diese beiden Beispiele von der Schnittstelle zwischen Justiz und Politik sollen illustrieren, dass bei reiner Lehre letzten Endes die handelnden Personen darüber entscheiden, ob sich das Geschehen innerhalb des vorhandenen Regelwerks abspielt oder Grenzen überschritten werden. Sehr anschaulich zeigt dies das Beispiel Sérgio Moro. Der Staatsanwalt, der Lula da Silva hinter Gitter brachte – und so dessen Präsidentschaftskandidatur verhinderte – wurde kurz darauf von Jair Bolsonaro zum Superminister für Innere Sicherheit und Justiz befördert, nur um kurze Zeit später das Handtuch zu werfen, als Bolsonaro die Spitze der Bundespolizei austauschen wollte, um seine Söhne vor Ermittlungen zu schützen.

Brasilien hat viel erreicht und doch immer wieder Rückschläge erleidet und Fehlentwicklungen wegstecken müssen, die nicht unbedingt systemimmanent sind, sondern eher individuellen Schwächen oder strukturellen Unzulänglichkeiten entsprangen. Eine gewaltige Schere zwischen Arm und Reich, Korruption, Rassismus oder Gewalt sind keine originär brasilianischen Eigenarten. Sie finden sich in allen Ländern der Erde. Und doch prägen sie das Land und seine Gesellschaft seit der Kolonialzeit bis heute und tragen zu Entwicklungen bei und verschärfen Problemstellungen, die schnelle Entwicklungen in Brasilien ausbremsen, schwächen oder ganz verhindern und dabei mit den gewachsenen oder fehlenden Strukturen zusammenwirken. Diese Phänomene werden zwar immer wieder schlagwortartig in der Berichterstattung über Brasilien genannt, aber in der Regel nicht weiter erläutert.

Dieses soll nun in diesem Buch geschehen. Der Begriff Länderporträt mag Assoziationen in Richtung eines Reiseführers wecken. Doch der Ansatz ist kein

landeskundlicher, auch wenn die Zielstellung eine ähnliche sein dürfte: Brasilien, insbesondere seine Politik und Gesellschaft anhand ausgewählter Beispiele besser verstehen zu können. Um die Thematik etwas aufzulockern, habe ich bewusst auch leichtere gesellschaftliche Themen eingestreut, die mir sehr charakteristisch für die brasilianische Gesellschaft erscheinen.

# 1. Bolsonaro und der neue Konservatismus

Als Luiz Inácio Lula da Silva am 1. Januar 2023 als erster Präsident in der Geschichte Brasiliens für eine dritte Amtszeit vereidigt wurde, war das Kapitel des rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro geschlossen. Vorerst, muss man sagen. Denn die vier Jahre des Populisten haben gezeigt: Der Regierungschef Bolsonaro mag nicht mehr im Amt sein. Die politische Idee, für die er stand, der so genannte Bolsonarismus, dürfte Brasilien jedoch noch eine ganze Weile länger beschäftigen. Keine Woche später konnte die Weltöffentlichkeit sehen, wie das zu verstehen war: Tausende Demonstranten stürmten am 8. Januar 2023 in der Hauptstadt Brasília das Gebäude des Kongresses, den *Supremo Tribunal Federal*, Obersten Gerichtshof (STF) und den Präsidentenpalast *Palacio do Planalto*. In den Gebäuden wurde übelst randaliert: Scheiben eingeschlagen, Mobiliar zertrümmt, Türen eingetreten und Büros verwüstet, Kunstwerke zerschlagen oder gestohlen. Mehr als 1500 Personen nahm die Polizei anschließend vorläufig fest. Zwar misslang dieses offenbar konzertiert organisierte Putschversuch, aber der Schreck steckt den Brasilianern, die bereits eine Militärdiktatur überstehen mussten, noch immer in den Knochen.<sup>1</sup> Viele Monate dauerte die Aufarbeitung des Kongresssturms an. Schnell wurde deutlich, dass Busse organisiert worden waren, um die Randalierer aus dem ganzen Land in die Hauptstadt zu karren. Keine Staatsmacht stellte sich ihnen zunächst entgegen. Im Abschlussbericht der parlamentarischen Untersuchungskommission (CPMI) zu den antidemokratischen Handlungen vom 8. Januar, der im Oktober 2023 von Senatorin Eliziane Gama (PSD-MA) vorgelegt wurde, wurde Jair Bolsonaro (PL) wegen vier Straftaten angeklagt. Das Dokument weist darauf hin, dass der ehemalige Präsident eine kriminelle Vereinigung gegründet, politische Gewalt ausgeübt und die gewaltsame Abschaffung des demokratischen Rechtsstaates und einen Staatsstreich versucht hat, alles Straftaten, die im Strafgesetzbuch vorgesehen sind.<sup>2</sup> Zwar hatte sich Bolsonaro wenige Tage vor Ende seiner Amtszeit in die Vereinigten Staaten abgesetzt und damit auch die Übergabe der Präsidentenschärpe an seinen Nachfolger geschwänzt. Diese räumliche Distanzierung reichte den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses jedoch nicht als Beleg seiner Unschuld.

Der Wahlsieg Lulas hätte kaum knapper sein können: 50,83 Prozent der Stimmen zu 49,17 Prozent. Oder in absoluten Zahlen: Lula wählten 60,3 Millionen Brasilianer, für Bolsonaro stimmten 58,2 Millionen. Wäre Bolsonaro mit dieser Stimmenzahl zum Präsidenten gewählt worden, es wären die meisten Stimmen gewesen, die je ein Präsident bekommen hätte. Es waren mehr als 2018. Schon der erste Wahlgang hatte gezeigt, wie gespalten Brasilien zurzeit ist. Lula und Bolsonaro erhielten zusammen 92 Prozent der Stimmen. Für eine Mitte oder einen dritten Weg, wie ihn sich viele Brasilianer gewünscht hatten, blieb da kein Platz. Bolsonaro wurde knapp geschlagen, aber seine Politik wird nachwirken.

Doch für was genau steht dieser Bolsonarismus? Man könnte ihn als Spielart einer Neuen Rechten bezeichnen, die eine Kombination aus wirtschaftlichem Ultraliberalismus und moralischem Konservatismus darstellt.<sup>3</sup> Die österreichische Politologin Natascha Strobl beschreibt diese Art der Politik als Zwischenspektrum einer Politikströmung, die sich vor allem im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts als Konservatismus nicht nur in Brasilien, sondern vor allem in Europa (Polen, Ungarn, Italien) einen Namen gemacht hat.<sup>4</sup> Dabei fügt sich Bolsonaros Politikstil nahezu prototypisch in Strobls Systematik und das schon in der Entstehungsgeschichte. Denn alles, was es für dessen Entstehung braucht, ist eine Krise. Brasilien gönnte sich in jüngerer Vergangenheit gleich derer drei – eine Wirtschaftskrise, eine politische Krise und eine Krise der Glaubwürdigkeit des gesamten politischen Systems. Um dies zu illustrieren, gehen wir zunächst ein paar Schritte zurück.

Ein radikalisierte Konservatismus hat wenig Angriffsfläche, wenn die Situation in einem Land oder einem politischen System einigermaßen funktioniert, eine Regierung ruhig regieren kann. Wenn es einen solchen Zustand in Brasilien jemals gegeben hat, dann wohl am ehesten in den acht Jahren der Regierungszeit von Fernando Henrique Cardoso (2005–2002) und der ersten Amtszeit da Silvas (2003–2006). Cardoso war es gelungen, mit dem „*Plano Real*“ 1994 die hohe Inflation zu bändigen und die Wirtschaft nach vielen Jahren in ruhigeres Fahrwasser zu navigieren. Zudem war es ihm gelungen, eine ganze Reihe wichtiger Reformen durchzuführen bzw. anzuleiern. Auf diesem bereiteten Feld konnte Lula da Silva aufbauen. Und mehr noch: Hohe Rohstoffpreise, insbesondere für das vor der Küste des Bundesstaats Rio de Janeiro in großen Mengen gefundene Vorsalzöl, sorgten zunächst für reichlich Geld in der Staatskasse bzw. die Aussicht auf einen langanhaltenden Geldfluss. Brasilien witterte eine Chance, sich energiepolitisch unabhängig zu machen. Mit diesen Einnahmen konnte Lula seine großen sozialen Umverteilungsprogramme auflegen, allen voran die „*bolsa familia*“. Vielen Millionen Brasilianern gelang dadurch der Sprung aus der Armut und dem Hunger in sicherere, von bescheidenem Konsum gekennzeichnete Lebensbedingungen. Brasilien ging es gut. Die Wirtschaft brummte, der Wohlstand wuchs. Doch damit war recht bald Schluss, als sich die Lage eintrübte. Die Immobilienkrise 2008/09 konnte die Lula-Regierung noch durch Binnenkonjunkturprogramme abfedern, aber gegen sinkende Rohstoffpreise war man machtlos. Immerhin gelang es Lula noch, bei der Wahl 2010 mit seiner Nachfolgerin Dilma Rousseff die Arbeiterpartei PT in der Regierung zu halten. Lula selbst musste mit einer Zustimmungsquote von weit über 80 Prozent aus dem Amt scheiden, weil die brasilianische Verfassung nur zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten bei Präsidenten vorsieht.<sup>5</sup>

## Nährboden für den Rechtsruck: Die dreifache Krise

2013 begann sich die Lage zuzuspitzen. Die Großereignisse Fußball-Weltmeisterschaft und Olympische Spiele standen vor der Türe, es wurde groß investiert in Sportstätten und Prestige-Infrastrukturprojekte. Nur bei der Bevölkerung kam wenig an. Schulen und Krankenversorgung blieben schlecht. Als dann auch noch die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr um wenige Centavos steigen sollten, entlud sich der lange aufgestaute Druck. Das Volk ging gegen die Regierung auf die Straße. Wie man inzwischen weiß, war ein nicht zu unterschätzender Teil der Akteure, die nun auf die Menschen auf die Straße trieben und später das Amtsenthebungsverfahren gegen Rousseff forderten, identisch mit denen, die später die Präsidentschaftskandidatur Jair Bolsonaros unterstützten.

Die einsetzende wirtschaftliche Krise war dabei, auf die Politik überzugreifen. Dilma Rousseff gelang zwar noch die Wiederwahl,<sup>6</sup> ihre Tage sollten aber bald darauf gezählt sein. Als ihr 2015 Vize-Präsident Michel Temer und seine Partei PMDB die Koalition aufkündigten, war Rousseff praktisch handlungsunfähig. Um nicht fast drei Jahre blockiert vor sich hinzudümpeln, konstruierte die Opposition, allen voran Temer und der damalige Parlamentspräsident Eduardo Cunha, ein höchst umstrittenes Amtsenthebungsverfahren gegen die Präsidentin. Es war erfolgreich. Kongress und Senat wählten sie mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit ab, Temer übernahm als Vizepräsident die Interimsverwaltung. Angesichts der vergleichsweisen Nichtigkeit der sehr konstruierten Vorwürfe gegen Rousseff sprechen nicht wenige noch heute von einem Staatsstreich. Zur Wirtschaftskrise gesellte sich eine politische Krise.

Das Vertrauen in die Politik hatte ohnehin bereits massiv gelitten. Denn 2014 hatte ein talentierter junger Richter aus dem südbrasilianischen Curitiba begonnen, die politische Klasse auseinanderzunehmen. Sérgio Moro hieß der ehrgeizige Ermittler. Er sollte in den kommenden Jahren hunderte Minister, Abgeordnete, Senatoren, Bauunternehmer und Parteifunktionäre aller politischer Couleur der Korruption überführen und zur Strecke bringen. Der Richter wurde gefeiert, die Bevölkerung verlor auch den letzten Funken Vertrauen in ein System, das sie zwar vorher durchaus als korrupt wahrgenommen hatten. Jedoch das Ausmaß war neu. Es schien praktisch keine Ausnahme mehr zu geben. Die Politik geriet unter Generalverdacht. Die dritte, diesmal eine moralische Krise, war perfekt.

Dies, grob zusammengefasst, war der Nährboden, auf dem der bis dato bedeutungslose Hinterbänkler Jair Bolsonaro zum Präsidentschaftskandidaten heranwachsen konnte. Schon in den 1990er-Jahren, als er bereits als Abgeordneter in Brasília war, hatte er im Wesentlichen durch das Relativieren und Rechtfertigen der Militärdiktatur auf sich aufmerksam gemacht, sowie Polizeigewalt verteidigt, flexiblere Waffengesetze und härtere Strafen als Mittel der Verbrechensbekämpfung gefordert. Themen, die er damals besetzte und die

während seiner Regierungszeit wieder auftauchten. Flávia Biroli fasst es passend zusammen: „Er vertrat die Aushöhlung des Prinzips der Rechtstaatlichkeit gegen VerbrecherInnen – bis hin zu deren Tötung – als gerechtfertigt, um die ‚Guten‘ zu schützen.“<sup>7</sup> Auch wenn er bis dahin nur durch Beleidigungen und Grenzüberschreitungen von sich reden gemacht hatte – unter anderem hatte er einmal gefordert, in Armenvierteln Sterilisationspillen zu verteilen – so war er bis dahin nicht in den Sog der Korruptionsermittler geraten.

Das allein reichte offenbar, um sich den Brasilianern im Wahlkampf 2018, der von Korruptionsthemen aber auch der ewigen Gewaltproblematik geprägt war, als sauberer Anti-Establishment-Kandidat zu etablieren. Das Image des Saubermanns ist aber inzwischen dahin, wie man gegen Ende der Amtszeit erkennen konnte. Dubiose Zahlungseingänge auf dem Konto von First Lady Michelle, Immobilienkäufe in bar und Ermittlungen gegen die Söhne Flávio und Eduardo zeichneten 2022 ein ganz anderes Bild.

## Bolsonaros Widersprüche stören die Anhänger nicht

Dass er sich darüber hinaus widersprüchlich gibt, schien einen Teil der Brasilianer nicht weiter zu stören. Bolsonaro preist stets das Militär. Dabei hatte er dort eine durchaus zweifelhafte Karriere hingelegt und wurde, nachdem er als kleiner Offizier öffentlich in einem Zeitungsinterview mehr Geld für die Soldaten gefordert hatte und dieser Forderung kurz darauf offenbar mit einem geplanten Bombenanschlag Nachdruck verleihen wollte,<sup>8</sup> aus dem Dienst entfernt. Während seiner Präsidentschaft spielte das Militär eine überragende Rolle. Mit neun Ministern, dazu Dutzenden Staatssekretären und mehr als 6000 Bediensteten, darunter vielen ehemaligen Militärangehörigen in zivilen Positionen<sup>9</sup> in Behörden und staatlichen Organisationen betrieb Bolsonaro eine exzessive Militarisierung des Staatsapparates, den dieser in diesem Ausmaß nicht einmal zur Zeit der Militärdiktatur (1964–1985) erlebt hatte.

Bolsonaro wurde nicht müde, den Wert der Familie immer wieder öffentlich zu betonen – auch, um die konservative Wertvorstellung in Kontrast gegen progressivere Lebensentwürfe zu stellen. In der eigenen Familie sieht er das offenbar nicht so eng. Er selbst hat fünf Kinder aus drei Ehen, ist seit 2007 mit der deutlich jüngeren Michelle de Paula Firma Reinaldo verheiratet, die bekennende Anhängerin der evangelikalen Pfingstkirche *Igreja Batista Atitude* ist. Diese Verbindung scheint für den katholisch Getauften keinen Widerspruch darzustellen. Auch er selbst zeigt immer wieder seine Nähe zu den mächtigen Pfingstkirchen. Während in Brasilia 2016 das Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff beschlossen wurde, ließ er sich im Jordan in Israel medienwirksam taufen. Die Ehe mit Michelle schloss Pastor Silas Malafaia, das mächtige Oberhaupt der zweitgrößten Kirche Brasiliens, der *Assembleia de Deus*. Für den rechten Präsidenten ist diese Wahl sicher kein Zufall. Brasilianer evangelikalen Glaubens stellen

in Brasilien eine immer wichtiger werdende Wählerschicht dar. Das Meinungsforschungsinstitut *Ibope* (heute *IPEC*) veröffentlichte 2018 eine Umfrage. Daraus geht hervor, dass acht von zehn Brasilianern bei der Entscheidung, wen sie zum Präsidenten wählen, dessen Haltung zu Glauben und Gott die größte Bedeutung beimessen.<sup>10</sup> Nicht umsonst lautete Bolsonaros Wahlkampfmotto „Brasilien über alles, Gott über allen“ (*Brasil em cima de tudo deus acima de todos*).

Ein kurzer Gedanke zur Begriffsklärung. Gemein ist den fundamentalistisch pfingstlerischen und neu-pfingstlerischen Freikirchen, die in Brasilien als „evangelikal“ bezeichnet werden, neben ihren großen Vermögen und einer fanatischen Masse an Anhängern eine wörtliche Auslegung der Bibel. Sie glauben an eine Wiederkehr Christi, der in Jerusalem den verwaisten Thron König Davids besteigen wird und nach der Konvertierung aller Völker zum Christentum tausend Jahre lang regieren soll. Doch damit dies geschehe, müsse zuvor unbedingt Israel und die Heilige Stadt unter Kontrolle der Juden sein, unterstützt von den Christen. Ein Ansatz, wie ihn auch konservative jüdische Strömungen haben. Um sich die bedingungslose Unterstützung der Evangelikalen in Nordamerika zu sichern, machte Donald Trump Mike Pence<sup>11</sup> zum Vize-Präsidenten und verlegte die US-Botschaft nach Jerusalem – aus demselben Grund verpflichtete sich dazu auch Bolsonaro gegenüber dem israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu, der zu seiner Amtseinführung gekommen war – wie elf weitere Staatschefs.

Laut einer Untersuchung der staatlichen brasilianischen Filmagentur „Ancine“ stehen inzwischen 21 Prozent aller Sendungen im frei empfangbaren Fernsehen im Dienst der Verbreitung von religiösen Botschaften. In seiner Antrittsrede bekräftigte Bolsonaro seine ultrakonservative Agenda mit Themen wie Stärkung der traditionellen Familie, Bekämpfung der „Gender-Ideologie“, Erleichterung von Waffenbesitz und Einrichtung einer sogenannten parteilos Schule (*escola sem partido*), die jedoch, wenig überraschend, alles andere als parteilos argumentiert.

Es mag für viele überraschend sein, aber Brasilien ist durchaus ein konservatives Land. Das ist nicht erst seit Bolsonaro so. Auf etwa 20 bis 30 Prozent wird der harte Kern der Anhänger Bolsonaros geschätzt, der die rechtskonservativen Werte, für die er angetreten ist, tatsächlich lebt. Sie erscheinen relativ immun gegen die Widersprüche in seinem Verhalten. Die Soziologin Angela Alonso sieht dies als Ergebnis einer progressiven Politik, die sich in Brasilien seit der Redemokratisierung 1985 und der 1988 eingeführten demokratischen Verfassung entwickelt hat.<sup>12</sup>

## Bolsonaros Wähler: eine kleine Typologie

Dennoch war seine Wählerschaft inhomogen. Alonso unterscheidet drei große Trends. Die einen sind die Bolsonaristen im Herzen, die wirklich eine moralische Anhänglichkeit haben. Sie teilen eine Reihe von Werten, die Bolsonaro vertritt.

Für diese Menschen ist er der Mythos,<sup>13</sup> eine Figur, die sie fast schon mit religiösem Eifer verehren, die alles verkörpert, was sie als positiv ansehen und was sie gerne korrigieren würden. Dazu gehört, Brasilien vom „Sozialismus“ befreien zu wollen, ein ausgeprägter Nationalismus und ein fast schon fundamentalistischer konservativer Wertekanon.

Für dieses Universum, das sich auf eine familiäre, religiöse, moralisierende, nationalistische, nationale Heilslehre und einen militaristischen Diskurs stützt, wird keine Nachricht, die gegen Bolsonaro gerichtet ist, Wirkung entfalten. Denn es ist eine emotionale Bindung an den Anführer. Alles, was gegen ihn vorgebracht wird, ist also so, als ob der Feind versuchen würde, ihn zu delegitimieren. Es wird daher nicht als Information gesehen, sondern als Propaganda oder Versuch der Delegitimation durch die Gegenseite. Ein Verhalten, das auch Strobl als Kennzeichen des radikalisierten Konservatismus beschreibt.<sup>14</sup> Anstelle von Konsens oder Staatsräson wird die Polarisierung vorangetrieben, ein konstruktives Miteinander ist da kaum mehr möglich, der Pegel der Erregung wird hochgehalten, wie in einem permanenten Wahlkampf. Dabei verfolgt diese Art der Politik obendrein ein ganz zentrales Ziel: Die Akzeptanz in das etablierte politische System und die Institutionen, die zum demokratischen Diskurs dazuzählen, wie Medien und Justiz auszuhöhlen und zu schwächen. Aber diese Haltung wird nur durch einen relativ kleinen Teil der Menschen, die für ihn gestimmt haben, repräsentiert.

Es gibt eine andere Gruppe, die für ihn gestimmt hat und dabei die Linie des radikalen Anti-Petismus verfolgte, also vor allem aus der Motivation heraus agierte, die Arbeiterpartei PT, die mit Lula und Rousseff 14 Jahre die Regierung anführte, von der weiteren Machtausübung fernzuhalten. Für sie war es wichtig, einen Kandidaten zu wählen, der die maximale Antithese zur PT darstellte. In dieser Gruppe gibt es ein emotionales, fast schon resignativ anmutendes Element, aber auch eine sehr große Diskreditierung durch das Narrativ, das seit dem ersten großen Korruptionsskandal *Mensalão* entstanden ist.<sup>15</sup> Nämlich, dass die bestehenden Parteien nicht in der Lage seien, die Art des politischen Spiels zu verändern.

Und es gibt eine dritte Gruppe, die entweder etwas naiv oder leichtsinnig war, weil sie dachte, dass Bolsonaro und sein innerer Kreis sich trotz der während der Kampagne gehaltenen Reden als weniger radikal erweisen würden, als sie sich letztendlich entpuppten. Sie dürften zu den Personen zählen, die sich bei der Wahl im Oktober 2022 von Bolsonaro wieder abwendeten. Denn ein Teil der Regierung wurde aus ideologischen Hardlinern zusammengestellt, wie Außenminister Ernesto Araújo, ein Vertreter des so genannten Anti-Globalismus. Umfragen, die ein halbes Jahr nach dem Amtsantritt Lulas von Datafolha durchgeführt wurden, scheinen das zu bestätigen. Unter den Wählern, die für Bolsonaro gestimmt hatten, waren nun acht Prozent der Auffassung, die Regierung Lulas habe in den ersten Monaten im Amt keine gar so schlechte Leistung gezeigt. Und wie so oft gibt es auch gleich einen Namen für diese Wählergruppe: